

Aufstehen gegen den Krieg!

„Heute muss sich jeder Bewohner unseres Planeten vor Augen führen, dass dieser Planet eines Tages vielleicht nicht mehr bewohnbar sein wird. Jeder Mann, jede Frau und jedes Kind lebt unter einem nuklearen Damokles-Schwert, das an einem hauchdünnen Faden hängt, der jeden Moment durch einen Unfall, durch falsche Berechnung oder durch Irrsinn durchschnitten werden könnte.“

John F. Kennedy

Der Krieg gegen den Irak scheint unausweichlich. Hört man auf die Signale aus Washington und London, dann ist ein Angriff auf Irak nicht eine Frage von Wochen, sondern eher von Tagen. Schon sind die Flugzeugträger, die Lazarettsschiffe, die meisten Truppen vor Ort.

Jeder weiß es: Es geht vor allem ums Öl. Täglich melden sich neue „Verbündete“ die dabei sein wollen, wenn die „Beute“ verteilt wird. Die Regierungen der Türkei und Frankreichs biedernd sich an. Der „Labour-Mann“ Blair ist ganz vorn dabei. Schröder und Fischer sind längst ebenfalls eingeknickt. In den Massenmedien wer-

den die Menschen an den offenbar bevorstehenden Völkermord gewöhnt. Was für ein Elend.

Bush und seine Regierung haben eine Menge politisches Kapital in den Krieg gegen den Irak investiert.

Für die dortige „Viererbande“: Präsident Bush, sein Verteidigungsminister Donald Rumsfeld, der stellvertretende Verteidigungsminister Paul Wolfowitz und Richard Perle, ein einflussreicher Kulissenschieber, gibt es offenbar nur noch die Kriegslösung. Unabhängig ob nun die UN-Waffeninspektoren etwas finden oder nicht.

Iran ist als nächster Gegner der „Achse des Bösen“ bereits mittelfristig im Visier. In dem BBC-Film „The case against war“ spricht ein ehemaliger Mitarbeiter der CIA über die gegenwärtige Situation als Beginn eines grossen Krieges im gesamten Mittleren Osten, den er als „Dritten Weltkrieg“ bezeichnet. Die Bush-Administration kündigt offen an, durch verdeckte Aktionen die politische Stimmung in den „befreundeten“ Ländern, also auch Deutschland, zugunsten eines Krieges bearbeiten zu wollen.

Die deutsche Bundesregierung rückt Schritt für Schritt von den rot-grünen Wahlkampfaussagen zu diesem Thema ab: Die „Fuchs“-Spürpanzer bleiben in Kuwait, die Flotte am Horn von Afrika. Deutscher Luftraum und Militäreinrich-

tungen sind den USA für ihren völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen Irak bereits in Aussicht gestellt worden. Deutsche Militärangehörige in AWACS-Aufklärungs- und Feuerleitflugzeugen werden unter Umständen sogar direkt in diesen Angriffskrieg verwickelt sein - natürlich mit Wissen und Duldung der rot-grünen Regierung. Das Verhalten im Sicherheitsrat wird sich entsprechend der „Vorarbeit“ Fischers gestalten.

Ein Krieg gegen Irak wäre ein völkerrechtswidriges Verbrechen gegen die von der Saddam-Diktatur seit Jahrzehnten gequälte irakische Bevölkerung. Diese Diktatur ist seinerzeit von US-Gnaden installiert und an der Macht gehalten worden. Von ihr zu verantwortende schwerste Menschenrechtsverbrechen gegen die eigene Bevölkerung, zum Beispiel der Giftgasangriff gegen irakische Kurden in Halabja, wurden unter den Augen und mit stillschweigender Billigung des Westens verübt - möglich war er wahrscheinlich nicht zuletzt dank Beihilfe der deutschen Waffenindustrie. Aus geostrategischen und Ressourceninteressen wollen dieselben „Verteidiger der Freiheit und des Rechts“ die bereits völlig ausgehungerten und demoralisierten Menschen in Irak durch einen Krieg weiter quälen, um diesen Teil des Mittleren Ostens endgültig unter die uneingeschränkte eigene Kontrolle zu bringen.

Fortsetzung nächste Seite



Fortsetzung von Seite 1

Der Krieg wird den gesamten Nahen Osten destabilisieren, es ist nicht ausgeschlossen, dass ABC-Waffen zum Einsatz kommen. Der Krieg kann sich sehr schnell auch auf unser Land ausdehnen. Wer an der US-Air Base wohnt, sollte wissen, wir wohnen in einer gefährlichen Ecke.

**Wir fordern von der Regierung in unserem Land:
Keinerlei Beteiligung am Krieg gegen Irak!**

**Rückzug deutscher Truppen aus Kuwait und vom Horn von Afrika!
Verweigerung deutschen Luft-
raums und aller Militäreinrichtungen
für am Angriffskrieg gegen Irak
beteiligte US-Truppen!** rh

Die Welt hält den Atem an

Zeitungen und Fernsehen führen uns jeden Tag vor Augen: Die Welt steht vor einem Krieg. Wir erleben einen Aufmarsch von Truppen und Kriegsmaterial wie seit dem zweiten Weltkrieg nicht mehr.

Inzwischen werden alle Staaten, die noch nicht den Kriegskurs der USA unterstützen, bearbeitet, bestochen und bedroht. Rußland bekam für die Zustimmung riesige Abnahmen von Erdöl versprochen. Der Türkei winken massive Finanzmittel (28 Milliarden Dollar) für die Stationierung von 80000 amerikanischen Soldaten an der Grenze zu Irak. Was ist mit Deutschland?

Bei der Bundestagswahl hat Schröder mit der „Ohne uns“-Lösung Wähler gewinnen können. Dies entsprach der Friedensliebe vieler Menschen. Aber bald nach der Wahl wurden alle möglichen Anstrengungen unternommen, auch eine Ministerin mußte gehen, damit die amerikanische Regierung uns wieder „gut gesonnen“ ist. Inzwischen rückt die Bundesregierung immer weiter von ihrem Nein ab. Außenminister Fischer (Grüne) schließt eine deutsche Zustimmung im UN-Sicherheitsrat zum Krieg nicht mehr aus. Auch steht der Nutzung der amerikanischen Militärbasen in Deutschland und Überflugrechten für Militärfüge im Kriegsfall, auch von der Air Base am Frankfurter Flughafen, nichts

im Wege. Starke Worte vor der Wahl. Sind auch die „starken Worte“ gegen den Krieg des SPD-Spitzenkandidaten jetzt vor der hessischen Landtagswahl so zu sehen?

Georg W. Bush hat eine „Achse des Bösen“ ausgemacht. Einer seiner Vorgänger, Ronald Reagan, sprach noch von dem „Reich des Bösen“ und meinte damit die Sowjetunion, die es heute nicht mehr gibt. Bush nennt Schurkenstaaten und hat als ersten Irak mit seinem Diktator Saddam Hussein ausgemacht. Hierzu gehören nach Bushs Worten noch Nordkorea und Iran. Aber die Liste kann nach Belieben erweitert werden - vielleicht noch Kuba? Vor einem Jahr war da noch Osama Bin Laden der Hauptfeind, der immer noch nicht gefaßt ist. Kein Staat in der Welt wagt ihm z. Zt. ernsthaft zu widersprechen. Wenn es stimmt, dass die genannten Staaten Massenvernichtungswaffen anstreben oder bereits besitzen, so muß man wissen, wer ihnen bisher dazu verholfen hat. Es waren, je nach Interessenlage, die USA und die europäischen Staaten, einschließlich Deutschland, die Saddam mit Waffen und Hightech unterstützt haben. Aber bisher haben die UN-Waffeninspektoren in Irak auch nach rund 250 Inspektionen keine handfesten Indizien für die Existenz verbotener ABC-Waffen oder Raketen gefunden.

Alle Welt weiß es, es geht ums Öl. Dies bestätigt auch jüngst ein Bericht der New York Times, wonach beiden US-Überlegungen das Irakische Öl eine „Prominente Rolle spiele“. Hierdurch würde die USA über die Hintertür Einfluß auf die Preis- und Förderpolitik der Erdöl exportierenden Staaten (Opec) nehmen.



Fotos:

Demonstration vor der US-Air Base am 14. Dezember 2002.

Oben: Keine Nutzung der US-Base stand im Mittelpunkt der Forderungen.

Unten: Kommunalpolitiker der DKP/OL bei den Demonstrationen.

Notwendig ist, dass die Bundesregierung standhaft bleibt bei ihrem „Nein zum Krieg“. Das wäre auch ein Signal für andere Staaten und Organisationen, aber auch für die friedliebenden Menschen in Europa und Amerika. Ein Krieg gegen die sogenannten Schurkenstaaten kann sich sehr leicht in eine Kontinentenübergreifende Katastrophe ausweiten. Terror ist nicht mit Krieg zu bezwingen. Es muß endlich die Armut und die ungerechte Behandlung der unterentwickelten Länder ein Ende haben. Solange noch 800 Millionen Menschen auf der Erde an Unterernährung leiden und jeden Tag Tausende Kinder den Hungertod sterben, wird es immer wieder Hass geben. Heinz Hechler



GEMEINSAM GEGEN DEN FLUGHAFENAUSBAU

Britische Regierung unterlegen

Die Mitglieder der UECNA (Europäische Vereinigung gegen die schädlichen Auswirkungen des Luftverkehrs) aus sechs europäischen Ländern haben am 13. November an einer Anhörung teilgenommen, um die Antragsteller und Befürworter eines Nachtflugverbotes für den Flughafen London-Heathrow gegen die Britische Regierung zu unterstützen.

Die britische Regierung konnte vor der Kammer nicht überzeugend darlegen, dass ihr Widerspruch gegen den am 2. Oktober 2001 ergangenen Spruch mit neuen Argumenten oder Fakten zu begründen sei.

Mr. Anderson, Anwalt der acht Kläger aus der lärm betroffenen Nachbarschaft des Londoner Flughafens belegte, dass die britische Regierung nichts unternommen hat, um die Anwohner vor nächtlichem Fluglärm zu schützen. Er betonte ausserdem, dass die Regierung auch keinerlei Untersuchungen über die wirtschaftlichen Auswirkungen der Nachtflüge angestellt habe und somit auch keine stichhaltige Begründung für eine Notwendigkeit liefern kann.

Die grosse Kammer des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte wird ihre Entscheidung über ein Nachtflugverbot Anfang kommenden Jahres veröffentlichen. Wenn die ursprüngliche Entscheidung bestätigt wird, wofür einiges spricht, wird dies bedeutsame Auswirkungen auf die anderen Grossflughäfen in Europa haben, namentlich auf Amsterdam, Paris, Frankfurt, Köln, München und Basel, wo die Menschen teilweise noch erheblich mehr vom Fluglärm betroffen sind.

Bökel

In den vom Fluglärm geplagten Mainstädten Hattersheim, Flörsheim und Hochheim ist der SPD-Spitzenkandidat Gerhard Bökel wegen seiner zustimmenden Haltung zum Flughafen ausbau nicht gern gesehen. Die dortige SPD erklärte nicht ein einziges Bökel-Plakat zu kleben. Mal sehen, was bei uns zu sehen ist.



Beginnt die Vertreibung?

Fraport preist ein „europaweit einmaliges Immobilienprogramm“ an. Häuser unter Einflugschneisen will man teilweise aufkaufen.

Die sozialen Folgen durch die Vertreibung der Bewohner, wie sie z.B. durch den Verlust sozialer Bindungen, Schulwechselprobleme für die Kinder, Arztwechsel und dergleichen entstehen, können nicht entschädigt werden.

Im Grunde ist es ein Skandal, wenn man Menschen aus ihrer Heimat vertreiben will. Dies beweist, dass die Fraport AG weder Hemmungen noch Rücksicht kennt, wenn es darum geht, die Expansionspolitik des Airport weiter voranzutreiben. So, wie sie keine Achtung vor den Lebensleistungen der hier lebenden Menschen - die die Immobilien über Generationen hinweg erarbeitet und erwirtschaftet haben hat, kennt sie keine Achtung vor den ökologischen Verhältnissen im dichtbesiedelten Rhein-Main-Gebiet. Riesige Waldflächen sind bereits verschwunden, jetzt geht man auch noch an den Bannwald. Schon jetzt verursacht die Reparatur der ökologischen

Schäden einen immer höheren Kostenaufwand, abgesehen von den gesundheitlichen Schäden. Expansion kostete es was es wolle. Fraport zieht immer mehr Kapazität an sich, während zahlreiche andere Flughäfen im Land enorme Auslastungsprobleme haben. Ellenbogenkapitalismus pur.

„Aufwärts“ - für wen?

„Fraport - Zukunft ausbauen - mit der neuen Landebahn geht's aufwärts für uns alle“.

So die neuen Hunderttausendmark-Anzeigen der der Fraport AG.

Viel Geld für eine weitere Volksverdummungs-Offensive, deren einziges Ziel ist, der Öffentlichkeit den Flughafenausbau schmackhaft zu machen.

Propagandistisch und öffentlichkeitswirksam versucht man den Menschen ständig und mit allen Mitteln einzureden, dass einzig und allein der Flughafen der Wirtschaftsmotor und große Wohltäter der Region ist.

Diese Rechnung wird jedoch nicht aufgehen. Die Ausbaubefürworter wissen, der Widerstand gegen den Ausbau wird noch wachsen. Sonst würden sie nicht Millionen für Public-Relations-Maßnahmen ausgeben.

Sie wissen, es gibt jetzt schon 50.000 Einwendungen von Ausbauegegnern im Rahmen des abgeschlossenen Raumordnungsverfahrens und sie wissen, es müssen noch weitere Genehmigungsverfahren durchlaufen werden. Und, es wird noch viele Prozesse geben.

Die Tatsache, dass die Fraport AG und der für die Genehmigung des Flughafenausbaus zuständige Wirtschaftsminister Posch den selbstgesteckten Zeitplan für den Ausbau nicht einhalten können, kratzt empfindlich an der Selbstherrlichkeit der Ausbaubefürworter.

Nun hört man in Wiesbaden öfter mal die Forderung: „Nachtflugverbot und Ausbau“. (Wohlgermerkt: gemeint ist die Mediationskurznacht von 23-5 Uhr).

Die Lufthansa AG und die Deutsche Post AG erklären dann allerdings sofort, dass ein Nachtflugverbot inakzeptabel sei, und sie es nicht mittragen werden.

Jeder, der sich halbwegs auskennt, weiß wie das ausgeht.

Es wird noch einen langen Kampf geben. Mutlosigkeit ist nicht angebracht.

Herzlichen Dank allen, die für den Erhalt dieser Zeitung spenden! Jeder Euro hilft dem -blickpunkt!-

Unser Konto:
Kreissparkasse Groß-Gerau
Konto-Nr. 9003419, BLZ 50852553



Logo – logisch!

Alles ist Ware, ob Wasser oder Wohnung, ob Tod oder Liebe, ob Gesundheit oder Krankheit. Der Markt regelt das Ganze. Daher muss die Begrifflichkeit stimmen. Auf den ersten Blick muss man erkennen können, das steht dahinter. „Die Muschel für Shell, der Eisvogel für Licher-Bier, der Stern für Mercedes“. Kein Wunder, dass Marketingstrategen im Rathaus die Ware Dienstleistung für den Bürger ebenfalls vermarkten wollen. Die Stadt und ihre Wirtschaft sollen prosperieren, der Veröderung der Innenstädte soll entgegen gewirkt werden.

Dazu ist das städtische Logo und auch der Begriff „Stadt der Vielfalt“ erfunden worden. Eine sog. Jury hat die Entwürfe gesichtet und eine Wahl getroffen. Da haben wir nun ein Stadtlogo und einen Slogan. Zwar melden sich schon boshafte Kritiker zu Wort, die meinen es würde sich um die Verpackung eines Memory-Spiels oder ein Fliesenfachgeschäft handeln. Dabei ist die Message des „Nappos“ doch klar: „die Stadt lässt somit Raum für alles, was sich aus ihr heraus entwickelt - auch bis über die symbolischen Grenzen hinaus“. Logo – logisch!

Ich schlage indes vor ein Logo einzuführen - wenn denn schon - das zeitnah ist, von allen gleich begriffen wird und noch nach Jahren aktuell ist.

Rudolf Dötsch



Warum bei den Rentnern sparen?

Kurz nach der Bundestagswahl begann es: Sparen ist angesagt. Aber wo und wie, da gehen die Meinungen auseinander. Für Sparen sind alle, aber möglichst bei den andern. Die Politiker tun sich hier besonders hervor. Allerdings werden gleichzeitig die Diäten erhöht. Sparen? Fehlzanzeige!

Bei den Rentnern möchte man besonders gern sparen. Da wurde darum gerungen, ob man nicht die nächste Renten Anpassung vom 1. Juli 2003 auf den 1. Januar 2004 verschieben könnte. Vergessen der Grundsatz, die Renten folgen den Löhnen. Aber der wurde 2000 schon einmal vergessen. Und wie hoch die Anpassungsrate 2003 sein wird, bleibt abzuwarten. Vorsicht: sich nicht zu viel versprechen!

Denn es ist vergessen worden, was den Rentnern ab diesem Jahr zugemutet wird: Kürzung ihrer Renten Anpassung acht Jahre lang um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr und danach um 0,25 Prozentpunkte jährlich.

Es ist unzutreffend zu behaupten, dass die Rentner ungeschoren davonkämen, während die Beitragszahler eine Anhebung der Rentenversicherungsbeiträge von 19,1 auf 19,5% hinzunehmen hätten. Natürlich sind das 0,4 Prozentpunkte Beitrag mehr. Aber es sind auch 0,5 Prozentpunkte, die den Rentnern bei ihrer Renten Anpassung weggenommen werden. Doch davon spricht heute keiner mehr. Das ist jetzt angeblich selbstverständlich! In einer Tageszeitung stand der Satz: „Die Rentner müssen um ihrer selbst Willen auf Veränderung drängen. Wenn nicht, ist es Aufgabe der Politik,

ihnen zu sagen, dass sie abgeben müssen.“ Da steht nichts davon, dass längst beschlossen ist, dass sie abgeben müssen. Was übrigens in der Geschichte der

Rentenversicherung in den vergangenen Jahrzehnten schon immer war. Denn nie wurde darauf hingewiesen, dass durch die Verschiebebahnhöfe Milliardenbeträge zweckentfremdet der Rentenversicherung entzogen wurden. Manipulationen wie jetzt wieder bei der Schwankungsreserve waren schon immer an der Tagesordnung.

Wenn die „Bild-Zeitung“ fragt: „Warum arbeitet eigentlich keiner mehr bis 65?“, dann kann darauf lediglich geantwortet werden: Weil man sie nicht lässt. Weil man gesetzlich die Frühverrentung betrieben hat und sich Betriebe auf Kosten der Rentenkassen sanieren konnten. Nach Berechnungen des Verbands Deutscher Rentenversicherungsträger kostet der Vorruhestand die Rentenkassen 10 Mrd. Euro jährlich. 60 Prozent der Betriebe beschäftigen keinen Arbeitnehmer über 50 Jahre. Da müsste angesetzt werden. Denn wenn sich dies nicht ändert, werden wir in 10 Jahren einen Facharbeitermangel haben. Ganz abgesehen davon, dass auf die Erfahrungen älterer Arbeitnehmer freiwillig verzichtet wird. Oder soll der Facharbeitermangel durch qualifizierte Ausländer ersetzt werden? Siehe Diskussion um das Zuwanderungsgesetz.

Es nützt also nichts, das Rentenalter von 65 auf 67 Jahre anzuheben. Notwendig ist es, das Renteneintrittsalter anzuheben. Aber da sind die Arbeitgeber gefordert. Rentenreform wäre, wenn die Berechnung der Rentenbeiträge nicht mehr nur an den Löhnen und Gehältern der aktuell Beschäftigten ausgerichtet wäre, sondern auch an den Umsätzen, der Wertschöpfung der Betriebe. R. D.

Gefunden

Allenthalben Pessimismus, schlechte Konjunkturdaten. Da war es geradezu ein Aufleuchten am Wirtschaftshimmel, als Porsche die Bilanz vorstellte. 70% Gewinnsteigerung, Sonderdividende, glänzende Zukunftsaussichten. Ein Satz lässt aufhorchen: „Der Gewinn sprung stammt aus in der Vergangenheit gebildeten Rücklagen, die unter Ausnutzung des steuerlichen Vorteils durch die unterschiedlichen Körperschaftsteuersätze fürthesaurierte und ausgeschüttete Gewinne teilweise aufgelöst wurden.“

Da wurden also in Berlin Steuergesetze gebastelt, die die Gewinne aus Vorjahren steuerfrei stellten. Das Beispiel Porsche ist tausendfach in der Wirtschaft angewandt worden. Dieses Geld fehlt nun in den Kassen der öffentlichen Haushalte. Daher ist kein Geld für soz. Wohnungsbau, Schulen und Kindereinrichtungen, Krankenhäuser vorhanden. Die Finanzmisere hat Namen und Adresse.

Barrierefreies Wohnen

Erinnert sei an eine Diskussion aus den 60er Jahren. Das Wohngebiet Steinweg Nord war im Bau; und es war häufig, dass sog. Souterrain(Keller)wohnungen entstanden. Die Frage der Zulässigkeit durch die hess. Bauordnung war strittig. Denn die Nachfrage nach dringend benötigtem Wohnraum kollidierte mit der sozialen Forderung nach menschenwürdigem Wohnraum. Kann zugelassen werden, dass Wohnungen entstehen, die kaum Tageslicht haben? Natürlich konnte man sich damals auf den Standpunkt stellen: Wer dort einzieht, ist selbst schuldig!

In Mainz – so entnahm ich einer Zeitung – fordert der VdK in einer Resolution barrierefreies Wohnen. In unserer Stadt wurde eine Kommission „Selbstbestimmt leben im Alter“ gebildet. Den Menschen soll ein selbständiges Wohnen möglichst lange geboten werden. Das Thema ist ob des steigenden durchschnittlichen Lebensalters und der Veränderungen in Familien- und Wohnungsstrukturen aktuell – wird noch mehr an Bedeutung gewinnen.

Die Beratung der Kommunen und Bauwilligen (öffentlich oder privat) wird gefordert. Es fehlt an sachkundigen Architekten, weil die Ausbildung verpflichtende Lehrinhalte auspart. Die Bauordnungen der Länder sowie die einschlägigen Bestimmungen entbehren verbindlicher Vorgaben für diese sozialen Belange.

Vor diesem Hintergrund ist es geradezu absurd, dass Wohnhäuser (wie in Plassage/Lange Acker) gebaut und verkauft werden sollen, die gerade einmal 4,77 m Außenmaß haben. „Da leben die Leute auf der Treppe!“ Drei und vier Geschossebenen sind notwendig, um einer 3- bis 4-Pers.-Familie ausreichend Platz zu bieten. Diese Art zu wohnen ist unsozial! Und die späteren Probleme sind schon heute absehbar. Die Diskussion kann nicht verkürzt werden auf die Parkplatzfrage und nicht auf die Angst, was sonst noch Schlimmes kommen könnte, wenn nicht dieser „Hasenstall-Bauabsicht“ zugestimmt wird. Die Nasssaucische Heimstätte, die diese Bebauung plant, ist nicht der Gemeinnützigkeit verpflichtet, sondern der Gewinnmaximierung, und sozialverträgliches Bauen liegt ihr offensichtlich nicht am Herzen.

R. Dötsch



Am 1. Februar 2003 wird das Bürgerhaus wiedereröffnet. Wir sind sicher: die Vereine, alle Bürgerinnen und Bürger werden das Haus annehmen und sich wohlfühlen.

Es gibt überall lichtdurchflutete Räume, ein wunderbares Atrium (Foto), es wird wieder (wie einst von der DKP durchgesetzt) eine Selbstversorgerküche geben. Für Vereins- und Familienfeiern kann man sie nutzen. Die warmen Sommerabende kann man im Außenbereich genießen. Das ganze Haus, es war wirklich in die Jahre gekommen, ist jetzt modern und zeitgemäß. Es ist behindertengerecht, es sind mehr Räume entstanden, es ist vor allem jetzt gut wärmeisoliert, was immer wichtiger wird. 7,65 Millionen Euro hat es gekostet. Gerade wenn wir sehen, wieviele Milliarden für Waffen, für lebensfeindliche Flughafenverlängerungen, für unsinnige Subventionen verschleudert werden, kann man sagen: „gut angelegtes Geld“. Festhalten muß man: die Grundsubstanz des Gebäudes war mehr als 70 Jahre alt, rund 30 Jahre lang gab es keine Sanierung. Einige Ergänzungen schon im jetzigen Stadium erscheinen uns wichtig: Der Weg von der Westendstraße zum Haupteingang sollte in der ganzen Breite mit Gehwegplatten belegt sein, damit kein Sand - wie jetzt - ins Haus getragen werden kann und Schäden am Parkett vermieden werden. Auch der Weg zu den Parkplätzen sollte mit Gehwegplatten ausgeführt werden. Eine Tafel sollte - wie bisher vorhanden - im Foyer des Bürgerhauses auf die Geschichte des Hauses hinweisen. Die Wände vor dem großen Saal sollten geschützt werden, denn Spuren der Besucher sind heute schon sichtbar.

Was lange währt . . .

Das Bürgerhaus und seine Geschichte war schon immer ein Schwerpunkt der DKP-Arbeit vor Ort.

Als noch niemand an so etwas dachte, haben wir erreicht, das Räume aus der Konzession des Wirtes herausgenommen wurden. Von da an war es möglich preiswert Familienfeiern zu gestalten. DKP-Initiativen im Stadtparlament:

1. 11.1990:
Antrag zur Renovierung des Erdgeschosses.
6. 11. 1993:
Forderung eines Maßnahmenkataloges zur Sanierung.
30. 1. 1995:
Erneute Forderung den Maßnahmenkatalog Bürgerhaus vorzulegen.
20. 1. 1996:
Anmahnung des überfälligen Maßnahmenkataloges.
2. 2. 1997:
Anmahnung der Sanierung.
- Herbst 1998:
Anfrage zum Haushaltsplan: Wann sollen Arbeiten erfolgen?
30. 7. 2001:
Anfragen zu den Bauabschnitten
27. 2. 2002:
Antrag „nichtkonzessionierte Räume“ wieder einzurichten.

Die Stadtverordneten aller Fraktionen wissen, dass Beschlüsse manchmal ewig im Bürgermeisterschreibtisch liegen. Da heißt es dran bleiben und „dicke Bretter“ bohren. Daran ist auch zu erinnern, wenn sich bei Einweihungsfeiern ein Bürgermeister sonnt.

Schon wieder Wahlen, sagen die Leute. Sie haben ihre Erfahrungen. Es wird wieder vorher alles versprochen, was nach dem Wahltermin schnell vergessen ist. Dazu passt der alte Spruch aus den wilden Sechzigern. „Wenn Wahlen etwas ändern würden, wären sie verboten.“

Die Zeit nach der Wahl ist dann für viele die Zeit der Enttäuschungen. Jüngste Beispiele: Vor der Bundestagswahl schien klar: „Schröder und Fischer sind absolut

Am 2. Februar DKP wählen!

gegen eine Kriegsbeteiligung“. Und jetzt Rückzug auf der ganzen Linie.

Vor der Wahl hieß es bei der SPD: „Wir werden die Millionäre zur Kasse bitten.“ Auch diese Aussage blieb ein Versprechen.

Jetzt treten sie wieder an: Koch, der Mann, der die letzte Landtagswahl mit einer Unterschriftenaktion gegen Ausländer gewann. Der Mann mit den schwarzen Koffern. Alles offenbar wieder vergessen - seine Wahlprognosen z.Zt. 48 Prozent.

Da fällt mir der Satz von Bertolt Brecht ein: „Freie Wahlen das ist, wenn Notenkundige die freie Wahl über die schwarzen und weißen Tasten haben.“

Nun leben wir Wählerinnen und Wähler am Flughafen und haben am kommenden Wahltag ein besonderes Anliegen - den Flughafenausbau zu verhindern.

Koch will ihn, Bökel will ihn, die FDP sowieso. Wenn es um einer Regierungsbeteiligung geht würden auch die Grünen ihr vollmundiges Nein schnell aufgeben. Jeder weiß das im Grunde.

Vor Ort gibt es trotzdem ordentliche Streiter gegen den Ausbau. Sicher zählen die Grünen Ursula Hamann und der Sozialdemokrat Jürgen May dazu. Aber in der Gesamtpartei bleiben sie am Rande - hier geht es um mehr.

Wir müssen zur Kenntnis nehmen: im Grunde ist es leider ziemlich egal wer gerade an der Regierung ist.

Die Konzerne agieren weltweit. Profite werden global realisiert.

Die Gegenkräfte sind schwach. Wir erleben ungezügelter Kapitalismus.

„Die Macht im Staat hat das Kapital - Punkt.“

Ich denke es muß grundsätzlich umgesteuert werden. Steuergeschenke diverser Bundesregierungen an die Reichen und die Konzerne sind der falsche Ansatz.

Notwendig sind neue Formen der Verweigerung: Zinsmoratorium gegenüber den Banken, Nichtbefolgung von Landes- und Bundesgesetzen mit Kostenfolgen für die Kommunen, u.a.

Vor allem aber muß in der Öffentlichkeit klar werden, es müssen prinzipiell andere Wege gesucht werden. Wir brauchen antikapitalistische Politikansätze auf allen Ebenen und das heißt: Energetisches Zurückdrängen der Großkonzerne und Großbanken, aber Förderung des Mittelstandes.

Irgendwann muß Schluß sein mit dem Abwälzen von oben nach unten. Irgendwann muß Schluß sein mit der Erhöhung von Gebühren, mit dem Abbau sozialer Standards. Es ist genug Geld da, es ist nur in den falschen Taschen. Hier muß auch der Verteidigungshaushalt genannt werden.

Die neue Militärstrategie - Struck will die Freiheit auch am Hindukusch verteidigen - wird unser Land kurzfristig 30 Milliarden Euro kosten.

Das wären 250.000 Sozialwohnungen, 800 Kindergärten, 60 Berufsbildungszentren, 2500 Grundschulen, 430 Altenheime und und und . . .

Bleibt jetzt noch die Frage: Welche Parteien sprechen diese Wahrheiten aus? Wer in der SPD oder bei den Grünen benennt diese Fakten?

Ich plädiere dafür - niemand wird sich wundern - DKP zu wählen. Dafür gibt es viele Gründe über die man zumindest nachdenken kann:

Linke sollten links wählen. Eine andere linke Partei tritt nicht an.

Die DKP sagt: Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben. Das bleibt richtig.

Die DKP setzt auf außerparlamentarische Bewegung. Sie ist uneingeschränkt gegen die Irak-Kriegspläne des durchgeknallten Kriegstreibers in den USA.

Natürlich wird es die DKP kaum schaffen, in den Landtag zu kommen. Aber jede Stimme für die DKP bei der Landtagswahl ist eine Proteststimme. Protest gegen den Krieg, Protest gegen Ungerechtigkeit.

Protest wird wichtiger.

Rudi Hechler

Die DKP hat zur Landtagswahl ihre Vorschläge erarbeitet.

Erhältlich sind Fallprospekte zu folgenden Themen:

Bildung und Chancengleichheit sind Menschenrechte.
Von deutschem Boden darf niemals wieder Krieg ausgehen.
Arbeit ist Menschenrecht. Der Jugend eine Perspektive.
Gegen den weiteren Ausbau des Frankfurter Flughafens.

Bei Interesse anrufen:

G. Schulmeyer, 23366, R. Hechler, 22362

Weitere Informationen:

DKP DKP-Hessen, Hansteinstraße 4
Tel. 069/5975673, 60318 Frankfurt

www.dkp-hessen.de Deutsche Kommunistische Partei Hessen
www.dkp-ma.de Deutsche Kommunistische Partei Mordfäden-Waldorf

Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben

Viele Kommunen balancieren am Rande des Ruins. Auch unsere Stadt ist betroffen, man denkt man an Gebührenerhöhungen, an den Abbau von Sozialleistungen. Es wurde auch schon darüber nachgedacht städtische Einrichtungen zu schließen.

Überall fehlen die Einnahmen. Die Gewerbesteuer hat in Deutschland im Jahre 2002 nur noch knapp 17 Milliarden Euro gebracht. Das sind 4,5 Milliarden weniger als vor zwei Jahren.

Geld ist da!

Die Großkonzerne haben die Möglichkeit sich vor Steuern zu drücken.

Wissen muß man außerdem, es gibt in unserem Land pro Jahr 2000 Millionäre mehr. Doch die Reichen beteiligen sich immer weniger an der Finanzierung des Staates.

Einsparen auf Kosten der „Kleinen“.

In Berlin will man jetzt 67 Milliarden Euro bis 2006 im Staatshaushalt eingesparen. Betroffen sind fast alle Bürger, ob Arbeitslose, Familien oder Besserverdienende. Allen wird soll etwas abverlangt werden. Nur - die einen bezahlen es aus der Portokasse, andere treibt es in die Armut.

Es gibt viele, die sind mächtig, weil sie mächtig viel Geld haben. Rund 365.000 Deutsche haben ein Vermögen von über einer Million Euro.

An der Spitze in Deutschland stehen die 50 bis 100 Superreichen mit einem Vermögen von jeweils über 500 Millionen Euro. Angeführt wird die Liste unter anderem von den ALDI-Brüdern Albrecht (20 Milliarden Euro), dem Unternehmer Boehringer (16 Milliarden) und der Familie Quandt (6,5 Milliarden). Allein die zehn reichsten Deutschen besitzen ein Vermögen von 92,5 Milliarden Euro. Das ist in etwa das gesamte Bruttoezialprodukt von Irland. Vergessen wir dabei nie: Wer reich ist, ist einflußreich.

Den Millionären wurden Millionen geschenkt

Und die Reichen werden immer reicher: Die leistungslosen Vermögenseinkommen sind in den neunziger Jahren im Vergleich zu allen anderen Einkommensarten weitaus am schnellsten gestiegen.

Nach Berechnungen des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts des DGB nahmen sie von 125 Milliarden Euro 1991 auf 205 Milliarden Euro 2000, damit um 64 Prozent zu. Beim Zuwachs hat der Staat den Millionären zudem

kräftig geholfen: 1997 schaffte die Kohl-Regierung die Vermögensteuer ab. Eine Steuerpolitik mit weitreichenden Folgen: Seit der Abschaffung klafft im Staatsbudget ein Milliardenloch.

Allein der Familie Quandt wurden durch die Abschaffung der Vermögensteuer jährlich 34 Millionen Euro geschenkt. Dieses Geldgeschenk fällt aber nicht vom Himmel, sondern muss von anderen geholt werden. Als Ausgleich wurde zum Beispiel vielerorts die Grunderwerbsteuer erhöht.

Eigentum verpflichtet

Eigentum verpflichtet - so steht es im Grundgesetz. Doch das gilt nur eingeschränkt in Deutschland - für Vermögende ist dieses Land ein Steuerparadies: In Großbritannien, Japan und den USA tragen Vermögen- und Erbschaftsteuer zu 14 und mehr Prozent zum Staatshaushalt bei. Anders in Deutschland: Hier sind es gerade einmal 3,6 Prozent. Steuern auf privaten Reichtum könnten dem maroden Staat Milliarden bringen. Bei einem Steuersatz von allein einem Prozent könnten 16 Milliarden Euro zusammen kommen.

Alle diese Fakten kennen natürlich auch unsere hiesigen Sozialdemokraten. Aber sie schweigen. Nicht eine einzige politische Initiative ist von ihrer Seite in den letzten Jahren gekommen. Es ist klar, warum das so ist. Die Regierung in Berlin ist eine SPD/Grüne-Regierung.

Dort ist der alte Gewerkschaftsspruch „Wer den Reichen nichts nimmt, kann den Armen nichts geben“ längst vergessen.



In den aktuellen Wahlprognosen liegt dieser Herr weit vorn. Vergessen ist wie er die letzte Landtagswahl mit einer Kampagne gewann, die Fremdenfeindlichkeit regelrecht schürte. Vergessen sind die „schwarzen Koffer“. Die Millionen aus diffusen Quellen. „Brutalmöglich“ wollte er aufklären, brutalmöglich hat er verschleiert. Alles vergessen? Wir sagen: Keine Stimme für die CDU!



Rudolf Dötsch, Stadtrat der DKP/OL in Mörfelden-Walldorf auf einer ganzen Seite im „Stern“.

Auflage: 1.400.000.
Der „blickpunkt“ bringt es „nur“ auf 12.500.

Stadtgeschichten



Schon vor dem ersten Weltkrieg wurden von den Vereinen, oft zum Jahresende, Theaterstücke aufgeführt. Auch der evangelische Jugendverein Walldorf brachte im Jahre 1915, im ersten Kriegsjahr, bei einem „Vaterländischen Abend“ das Stück „Der Trommeljunge von Dennewitz“. Die Handlung des Stückes ist nicht überliefert, jedoch ist anzunehmen, dass es kein Anti-Kriegsstück war. Die Evangelische Kirche stand treu zum Kaiser (Einheit von Thron und Altar) und der Walldorfer Pfarrer Karl Knab (1912 – 1917) predigte am Tag der Mobilmachung über „Das gute Gewissen bei diesem Krieg“ und den „Glauben der Heimat an den Sieg der deutschen Waffen“ (Walldorfer Chronik). Solche Töne hört man heute eher noch in den USA. Im Gegensatz zu der damaligen Zeit ist heute bei den Kirchen in Deutschland und bei der Mehrzahl der Bevölkerung keine Befürwortung zur einer Kriegsführung festzustellen.



Aus dem Titel des Theaterstückes ist zu schließen, dass die sieben Jugendlichen, Soldaten der Verbündeten aus dem Befreiungskrieg 1813 darstellten, die in einer Schlacht bei Dennewitz die napoleonischen Truppen besiegten. An die Mitwirkenden, alle so um 1900 geboren, können sich sicher nur noch wenige ältere Walldorfer erinnern. Es sind von links (stehend): Adam Tron (Jappe-Adam), Karl Frohnhäuser, Heinrich Jehn, Eduard Becker (Metzgerhannes-Edl), Wilhelm Pons (Ammekätts-Wilhelm). Der Trommeljunge in der Mitte sitzend ist Heinrich Becker (Jabäckesch-Heiner).

Alles Gute zum neuen Jahr

„Herr, setze dem Überfluss Grenzen und lasse die Grenzen überflüssig werden. Lasse die Leute kein falsches Geld machen, aber auch das Geld keine falschen Leute. Nehme den Frauen das letzte Wort und erinnere die Ehemänner an ihr erstes. Schenke unseren Freunden mehr Wahrheit und der Wahrheit mehr Freunde.

Bessere solche Beamten, Geschäfts- und Arbeitsleute, die wohl tätig, aber nicht wohlthätig sind. Gib den Regierenden ein besseres Deutsch und den Deutschen eine bessere Regierung. Herr, sorge dafür, dass wir alle in den Himmel kommen. Aber nicht sofort!“

Neujahrsgebet des Pfarrers der Kirche von St. Lamperti in Münster, 1883

Unser Lexikon

Schbrisch

Der is so dumm,
dass er brummt.